

presse

Berufsbildungsbericht offenbart Handlungsbedarf

*Willi Brase, zuständiger Berichterstatter,
Rainer Spiering, zuständiger Berichterstatter:*

Aus dem Berufsbildungsbericht 2014 lässt sich der nötige Handlungsbedarf ableiten, um die Berufliche Bildung zukunftsfest zu gestalten. Dazu gehört nach Ansicht der SPD-Bundestagsfraktion die flächendeckende Einführung von Jugendberufsagenturen, die Entwicklung von Kernberufen sowie die besondere Förderung von jungen Frauen. Zur verbesserten Berufsorientierung sollen die Mittel um 10 Millionen Euro erhöht werden.

„Aus dem heute beratenen Berufsbildungsbericht 2014 können wir klar den Handlungsbedarf ableiten, der nötig ist, um die berufliche Bildung im Sinne der Jugendlichen und der Wirtschaft zukunftsfest zu gestalten.

Zunächst dankt die SPD-Bundestagsfraktion den zahlreichen Betriebsräten. Dort, wo sie gemäß Betriebsverfassungsgesetz wirken, gelten nach aktuellen Untersuchungen bessere Qualitätsstandards. Weniger Azubis als aus Betrieben ohne Mitbestimmung wechseln nach Abschluss der Lehre das Unternehmen. Unsere Anerkennung gilt auch den zahlreichen Ehrenamtlichen in den Prüfungsausschüssen der Kammern und im Handwerk. Ihr Engagement wollen wir unterstützen und stärken.

Die SPD-Bundestagsfraktion befürwortet die flächendeckende Einführung der Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild. Es kann nicht sein, dass der Verbleib von laut Berufsbildungsbericht rund 90.000 Jugendlichen nach der Schule unklar ist. Sie würden durch Jugendberufsagenturen leichter in den regionalen Ausbildungsmarkt eingegliedert werden können.

Für eine moderne Beruflichkeit müssen wir uns mehr auf die Ausgestaltung von

breit gefächerten Kernberufen konzentrieren, als auf kleinteilige Spezialberufe. Die Neuordnung muss im Konsensprinzip zusammen mit den Gewerkschaften geschehen, um eine breite Umsetzung in den Betrieben zu gewährleisten.

Weiterhin steht die besondere Förderung von Frauen in den MINT-Berufen auf der Agenda. Statistiken zur geschlechterspezifischen Berufsverteilung zeigen, dass sich hier bisher wenig geändert hat. Bereits im Kindergarten und spätestens in der Schulzeit müssen Mädchen zu bisher typischen Männerberufen Zugang bekommen. Hier schließt sich eine zielgerichtete Berufsorientierung an, die im Rahmen der aktuellen Haushaltsaufstellung um 10 Millionen Euro aufgestockt werden soll.“